

**VOLKSBLATT | SPLITTER**

**Kate Winslet gibt Sam Mendes das Ja-Wort**



LONDON – Hollywoodstar Kate Winslet hat in aller Stille geheiratet. Die 27-jährige Schauspieler, die mit ihrer Rolle in «Titanic» weltberühmt wurde, gab im vergangenen Monat dem Regisseur Sam Mendes («Road to Perdition», «American Beauty») das Ja-Wort, wie eine Sprecherin des Paares am Montag in London mitteilte. Winslet und der zehn Jahre ältere Mendes hätten während eines Urlaubs in der Karibik geheiratet. Nur drei enge Freunde und Winslets Tochter Mia – aus ihrer ersten Ehe mit Regisseur Jim Threapleton – seien dabei gewesen.

**Modern Talking scheitert an Überarbeitung**

HAMBURG – Das Pop-Duo Modern Talking trennt sich laut Dieter Bohlen diesmal nicht wegen Streitigkeiten, sondern aus Überarbeitung. Grund für das überraschende Ende des überaus erfolgreichen Duos sei die Tatsache, dass er «hundert Sachen an der Backe habe» und auch Thomas Anders seit einiger Zeit Solopläne verfolge, was sich mit Modern Talking einfach nicht vertrage, sagte Bohlen der «Bild»-Zeitung. «Aber diesmal gibts keinen Zoff. Egal, was Thomas auch sagen wird – von mir wirds kein böses Wort geben.» Bohlen hatte am Samstagabend bei einem Modern-Talking-Konzert überraschend verkündet, dass es mit dem Duo aus und vorbei sei. Die weiteren Konzerte der gerade gestarteten Tournee wurden abgesagt, lediglich das Konzert in Berlin am 21. Juni findet als grosses Abschiedskonzert Modern Talkings statt.



**Klitschko-Brüder stehen vor Kino-Karriere**

HAMBURG – Die Box-Brüder Wladimir und Vitali Klitschko wollen ins Filmgeschäft einsteigen. Bei den Filmfestspielen in Cannes hätten die beiden Schwergewichts-Boxer Verhandlungen mit dem Miramax-Chef Harvey Weinstein geführt, berichtete der jüngere Bruder Wladimir der Hamburger Zeitschrift «Max». «Junge, wir müssen uns mal zusammensetzen und über Projekte sprechen», sagte der Filmproduzent nach Angaben von Wladimir Klitschko. Weinstein habe sich Vitali für die Rolle des Bösen gewünscht, während Wladimir den sanften Sonnyboy spielen solle.

**Raketenangriff überlebt**

**Israelischer Angriff auf ein führendes Hamas-Mitglied**

GAZA – Zwei israelische Angriffe im Gazastreifen haben einen Erfolg des gerade erst angehenden Nahost-Friedensprozesses weiter in Frage gestellt. Der führende Hamas-Funktionär Abdel Asis Rantisi überlebte am Dienstag nur knapp einen gezielten Raketenangriff, bei dem zwei Personen getötet wurden.

US-Präsident George W. Bush erklärte, Israels Vorgehen trage nicht zur Sicherheit des Landes bei. Gleichwohl kam es zu einer weiteren Offensive, bei der drei Palästinenser getötet wurden. Der palästinensische Ministerpräsident Mahmud Abbas verurteilte den Angriff auf Rantisi als Terroranschlag gegen unschuldige Passanten. Die israelische Regierung bestätigte, dass der Raketenangriff dem Hamas-Sprecher gegolten habe. Dieser «Erzterrorist» habe den Friedensprozess mit neuen Attentaten zerstören wollen. Bei dem Angriff kamen ein Leibwächter sowie eine 44-jährige Passantin ums Leben. 27 Menschen wurden verletzt, drei von ihnen befanden sich in kritischem Zustand. Aller Kritik an dem Angriff zum Trotz feuerten Soldaten am späteren Nachmittag aus Panzern und Hubschraubern auf ein palästinensisches Wohngebiet zwischen der Ortschaft Beit Hanun



Das nach dem israelischen Helikopterangriff völlig zerstörte Fahrzeug des Hamas-Sprechers Rantisi.

und dem Flüchtlingslager Dschalija im Gazastreifen. Dabei wurden Ärzten zufolge drei Jugendliche getötet, 30 Menschen wurden verletzt. Die Armee erklärte etwa zur gleichen Zeit, Palästinenser hätten sechs selbst gebaute Raketen vom nördlichen Gazastreifen auf israelisches Territorium abge-

feuert. Rantisi wurde bei dem Raketenangriff am Bein verletzt und im Schifa-Hospital von Gaza operiert. Verletzt wurden auch sein Sohn und drei weitere Leibwächter. Der Jeep des Hamas-Sprechers wurde völlig zerstört. Er habe die Kampfhubschrauber gehört und sei sofort aus dem Fahrzeug gesprun-

gen, sagte Rantisi dem Fernsehsender El Dschasira. Die Hamas-Bewegung kündigte Vergeltungsschläge an. «Die Antwort von Hamas wird wie ein Erdbeben sein», drohte der Funktionär Mahmud Sahar. Künftige Angriffe auf Israel würden sich jetzt auch gegen Politiker richten.

**Neue Massenproteste in Frankreich**

**Ein Schwerpunkt des Protests lag erneut an den Schulen**

PARIS – Begleitet von neuen Streiks und Demonstrationen hat die französische Regierung gestern ihre umstrittene Rentenreform im Parlament eingebracht.

Premierminister Jean-Pierre Raffarin, der seine Teilnahme am deutsch-französischen Gipfel in Berlin abgesagt hatte, verteidigte seine Pläne vor den Abgeordneten als überfällig. Die Gewerkschaften mobilisierten derweil wieder Hunderttausende: Allein in Paris demonstrierten nach ihren Angaben mehr als 200 000 Menschen unweit der Nationalversammlung auf dem Concorde-Platz. Am zweiten Aktionstag binnen einer Woche fiel landesweit etwa jeder dritte Zug aus, es gab stundenlange Verspätungen. In Paris und drei Dutzend anderen Städten wurden tausende



Wieder gab es in Frankreich wegen eines Streiks lange Wartezeiten.

Metro-Verbindungen und Busse gestrichen. Im Luftverkehr gab es dutzende Flugausfälle und Verspätungen, das grosse Chaos blieb aber aus.

Ein Schwerpunkt des Protests lag erneut an den Schulen, wo die Lehrer seit Monaten auch gegen die Dezentralisierungspläne Raffarins mobil machen. Streikende Pädagogen drohten mit einem Boykott der Abiturprüfungen, die morgen beginnen sollen. Es wäre das erste Mal seit den Mai-Unruhen von 1968, dass das «bac» wegen sozialer Proteste nicht planmässig ablaufen könnte. Bei den Demonstrationen klafften die Angaben über die Teilnehmerzahlen weit auseinander: So sprach die Polizei in Marseille von 15 000 Demonstranten, die Gewerkschaft CGT zählte hingegen 200 000.

**Johnny Hallyday wird 60**

**Legende, Idol und ewiger Macho**

PARIS – Er ist ein Idol, eine Legende, ein Star. «Gott der Musikszene» oder «Johnny, Teil unseres Kulturerbes» heisst es derzeit in den Sondernummern und Sonderbeilagen der französischen Boulevardblätter und Kulturzeitschriften. Denn Hallyday wird am Sonntag 60.

Mehr als vier Jahrzehnte lang hat er das Showgeschäft unbeschadet überstanden und wird in Frankreich als Star, Legende und Rockidol gefeiert – nach wie vor mit dunkler Sonnenbrille, Lederjacke, Cowboystiefeln und Goldkettchen auf der Bodybuilding-Brust. Johnny Hallyday ist der Beweis, dass auch im schnelllebigen Business so etwas wie «bleibende Werte» ihre Chance haben. Wenn der Altröcker mit den blauen Augen am Don-

nerstag im riesigen Stadium «Parc des Princes» zu seinem 60. Geburtstag aufspielt, kann er sich einer Sache sicher sein: Die altersgrauen und jungen Fans werden wie immer in Jubel ausbrechen.



Wird 60-jährig: Johnny Hallyday.

**Aussparung der USA?**

**Fünf Länder fordern UNO-Debatte**

NEW YORK – Fünf Länder, darunter Liechtenstein, haben eine öffentliche Debatte im UNO-Sicherheitsrat zur Aussparung der USA vom Int. Strafgerichtshof gefordert. Die Resolution, die US-Bürgern Immunität zusichert, soll überprüft werden.

Die von der Schweiz, Liechtenstein, Neuseeland, Kanada und Jordanien lancierte Forderung wurde von Russland bekannt gegeben. Russland hält derzeit den Vorsitz des 15 Mitglieder umfassenden Sicherheitsrats. Der Vorstoss war mit keinem Datum für die geforderte Debatte verbunden. Gemäss diplomatischen Quellen möchte Washington eine solche Debatte verhindern. Die USA hatten letzte Woche ihre Absicht geäussert, die im Juli 2002 verabschiedete Reso-

lution 1422 zu erneuern. Sie sichert US-Bürgern für ein Jahr Immunität vor Strafverfolgung des ICC zu. Neben den USA gilt die Immunität auch für China, Israel und Russland, die dem ICC ebenfalls nicht beigetreten sind. Eine Strafverfolgung von Soldaten aus diesen Ländern soll nur durch Beschluss des UNO-Sicherheitsrates möglich werden. Die USA hatten im Vorfeld der Annahme der Resolution massiven Druck ausgeübt und mit ihrem Veto bei allen fälligen Verlängerungen von UNO-Friedensmissionen gedroht. Washington warf der EU vor, bilaterale Abkommen zwischen den USA und künftigen EU-Mitgliedern zur Nicht-Auslieferung von US-Bürgern an den Int. Strafgerichtshof verhindern zu wollen.

**VOLKSCARD**

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das **VOLKSBLATT** abonnieren!

13 Monate für CHF 189.– inkl. **VOLKSCARD**

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als -Abonnent von Vorzugspreisen